

Will verspricht raschen Sachstandsbericht

Kreistag: Auftrag an Kreisausschuss, die Verkehrsbelastung Wallerstädten zu reduzieren
KREIS GROSS-GERAU.

Weil die Landesstraße L 3012 zwischen Trebur und Geinsheim wegen des Neubaus zweier Brücken voll gesperrt wird, muss der Verkehr ab Jahresbeginn 2012 neun Monate lang umgeleitet werden. Die Bürgerinitiative Wallerstädten befürchtet deshalb eine unzumutbare Zusatzbelastung für den Groß-Gerauer Stadtteil. Die FDP/fw-Fraktion hat deshalb in der Kreistagssitzung am Montag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der eine Reihe von Gegenmaßnahmen enthält.

In einem Konkurrenzantrag dazu forderten Sozialdemokraten und Grüne den Kreisausschuss auf, einen Bericht zur erwarteten Verkehrsbelastung in Trebur und Wallerstädten als Folge der geplanten Vollsperrung vorzulegen. Wobei die Inhalte des FDP/fw-Antrags berücksichtigt werden sollten.

Von der rot-grünen Initiative hielt Günter Schork (CDU) gar nichts, weil sie die notwendige Arbeit an einer Lösung nur verzögerte. Der Kreistag einigte sich einmütig auf Schorks Vorschlag, beide Anträge zur Bearbeitung an den Kreisausschuss zu verweisen. Landrat Thomas Will (SPD) hielt dieses Verfahren ebenfalls für notwendig, weil jede der von FDP und Freien Wählern vorgeschlagenen Aktionen unmittelbare Auswirkungen auf Wallerstädten und Geinsheim hätte. Der Kreisausschuss werde sich der Problematik annehmen und dann einen Bericht vorlegen: „Ich hoffe, dass wir relativ schnell in der Lage sind, eine fachlich fundierte Auskunft zu geben.“

Die FDP/fw-Fraktion fordert in ihrem Antrag den Kreisausschuss auf, beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen „alles erdenklich Mögliche zu unternehmen, damit Teile der Forderung, welche die BI Wallerstädten aufgeführt hat, umgesetzt werden“. Unter anderem solle Tempo 30 auf der Ortsdurchfahrt Wallerstädten eingeführt werden. Die Zeit der Vollsperrung der L3012 könnte als Testphase dieser Geschwindigkeitsbegrenzung genutzt werden.

Im Zusammenhang mit der Erneuerung des Straßenbelags und der Dorferneuerung sollten verkehrsberuhigende Einrichtungen verwirklicht werden. Auch eine Reihe von Querungshilfen und weitere Einbauten, die für mehr Verkehrssicherheit sorgen sollen, fordern FDP und Freie Wähler